Weltrundschau : es taut ; Kontrollierte Abrüstung? ; Gegenkräfte ; Labours Niederlage und Chance ; Französische "Communauté" ; Zehn Jahre neues China ; Diktatur und Demokratie

Autor(en): **Kramer, Hugo**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **53 (1959)**

Heft 10

PDF erstellt am: **24.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-140381

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Wort gerufen sein, je nachdem, wie es Gott gefällt. Zu beidem soll sie bereit sein, denn sie lebt unter einer Verheißung, die Israel geschenkt worden ist und die sie mit Israel teilen darf, wenn sie wahrhaftig in das Erbe Israels getreten ist (Jesaia 2, 2–4).

Von dieser Verheißung darf sie zeugen, dieses Wort Gottes darf sie der Welt vorhalten, und sie darf glauben, daß die Letzte Zeit irgendwie jetzt schon angebrochen ist. Es ist falsch, zu meinen, daß das alles erst für später einmal gelte und daß wir bis dann mit unserer Gottlosigkeit, unserem Heidentum, unserer praktischen Ketzerei und unserem Aberglauben fortfahren dürfen. Es ist, seit Jesus Christus gekommen ist, immer die Letzte Zeit, das Ende der Tage, und der Herr will, daß wir es mit ihm wagen, und Er versichert uns, daß dadurch die Welt sich erneuern und Bestand haben will. Aber wenn wir es mit dieser Verheißung nicht wagen, dann ist auch das Urteil, das Jüngste Gericht, heute schon angebrochen.

Das haben wir also unsern Politikern ohne Aufhören zu sagen, damit dürfen wir sie warnen, damit dürfen wir sie ermutigen. Was sie praktisch damit ausrichten, wissen wir nicht, das ist in gewissem Sinne ihre Sache. Aber es geht dabei nur um die Fragen der Taktik, der täglichen Entscheidung. Was wir verlangen dürfen, ist, daß die tägliche Entscheidung wirklich auf jener einen großen Entscheidung beruhe, aus der einen Entscheidung neu erwachse, die Gott traf, als er uns Versöhnung und Opfer, Liebe und Kreuztragen als die einzige, aber zuverlässige Weise der Rettung des Lebens, der Menschen und der Menschlichkeit schenkte. *Albert J. Rasker*

WELTRUNDSCHAU

Es taut «Bricht das Eis?» fragte ich hier vor Monatsfrist, als die Amerikareise des sowjetischen Ministerpräsidenten bevorstand. Inzwischen hat das «große Ereignis» stattgefunden, und Präsident Eisenhower hat selbst erklärt, Chruschtschews Besuch habe «dazu beigetragen, daß das Eis des Kalten Krieges zu schmelzen beginne». Das ist wohl der allgemeine Eindruck, den die Begegnung der beiden Staatsmänner in der öffentlichen Meinung der Welt hinterlassen hat. Der Zweckpessimismus, den die Propagandisten und Nutznießer des Kalten Krieges zur Schau getragen hatten, ist mindestens vorläufig durch die Tatsachen nicht gerechtfertigt worden. Der Großteil der amerikanischen Zeitungen und die hinter ihnen stehenden Kräfte wie auch gewisse Washingtoner Regierungskreise selber taten zwar ihr Bestes, um das Klima des Kalten Krieges aufrechtzuerhalten, unterstützt insbesondere von der katholi-

schen Kirche der Vereinigten Staaten und einem wesentlichen Teil der Demokratischen Partei mit Altpräsident Truman an der Spitze. Und Chruschtschews Empfang durch die Bevölkerung war denn auch anfangs alles andere als warm und herzlich, wobei die häufig sehr undiplomatische Art, wie der Sowjetführer auf die Herausforderungen und Angriffe seiner Feinde antwortete, den Urhebern der Störaktionen nur noch in die Hände arbeitete. Aber im zweiten Teil seiner Rundreise, von Los Angeles an, wo er am übelsten hergenommen worden war (besonders von den Vertretern der Gewerkschaftsverbände), schlug die Temperatur beim Publikum mit merkwürdiger Plötzlichkeit um, und wenn Chruschtschew nur Zeit gehabt hätte, länger in den USA zu bleiben, so wäre sicher auch im Osten das künstlich geschaffene Packeis in Bewegung gekommen. Auf jeden Fall taten dann die Aussprachen, die Chruschtschew mit Eisenhower hatte, das Ihrige, um das Experiment seiner Amerikareise zu einem Erfolg zu machen – nicht nur für ihn persönlich, sondern auch für die Sache des Friedens.

Offenbar haben die beiden Männer zueinander Vertrauen gefaßt. Beide scheinen überzeugt, daß der andere keine versteckten Angriffsabsichten habe und ehrlich einen Krieg unter den heutigen Umständen für vollendeten Wahnsinn, ja für eine bare Unmöglichkeit halte. Auf amerikanischer Seite mögen zu dieser Einsicht, die sich auch in der Bevölkerung immer mehr durchsetzt, die jüngsten sensationellen Leistungen der Russen in der Raketentechnik («Beschießung» und Umkreisung des Mondes durch ferngelenkte Raketen) nicht wenig beigetragen haben, während anderseits Chruschtschew trotz aller Oberflächlichkeit seiner Besichtigungen vielleicht doch einen wirklichkeitsgemäßeren Eindruck von der Machtfülle der Vereinigten Staaten und vom Kampfwillen ihres Volkes gewonnen hat. Wie dem auch sei, die beiden Staatsführer haben wenigstens einen ernsthaften Anfang gemacht, um die zwischen Ost- und Westblock liegenden Streitfragen friedlich zu schlichten. Chruschtschew hat mit seiner Versicherung, die Sowjetunion werde keinerlei einseitige oder gar gewaltmäßige Lösung der Berliner Frage versuchen, das stärkste psychologische Hindernis beseitigt, das auf westlicher Seite einem Verständnis für das Sicherheitsbedürfnis des Ostens in bezug auf Berlin im Wege stand. Und Eisenhower hat seinerseits anerkannt, daß die Lage Berlins «abnormal» sei und als Frucht des Waffenstillstandes von 1945 keinen Dauercharakter haben könne – was ja eigentlich alles ist, um Verhandlungen über die Normalisierung des Verhältnisses Westberlins zur DDR, in deren Gebiet es eingeschlossen ist, in Gang zu bringen. Darüber hinaus haben Eisenhower und Staatssekretär Herter öffentlich der Sowjetunion das Recht zugesprochen, «einen Friedensvertrag mit Ostdeutschland zu unterzeichnen, vorausgesetzt daß er die Rechte der Westmächte nicht antastet». Damit ist mindestens angedeutet, daß man in Washington eine vorläufige Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten in Form einer losen Föderation ins

Auge faßt, ja vielleicht sogar die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, die dann zu weiteren Abrüstungsschritten führen könnte. Überhaupt hat man mehr und mehr den Eindruck, daß Eisenhower und sein Kreis die Lösung der deutschen Frage durchaus im Zusammenhang mit der Notwendigkeit einer internationalen Abrüstung suche – eine Aussicht, die in Bonn und Umgebung wahre Bestürzung hervorrufen muß. Auf jeden Fall sieht Eisenhower nach seinen Besprechungen mit Chruschtschew das Terrain soweit vorbereitet, daß mit begründeter Hoffnung auf einen Erfolg die berühmte Gipfelkonferenz einberufen werden könne, auf die von sowjetischer Seite schon so lange gedrängt wird.

Kontrollierte Abrüstung! Die Probe aufs Exempel, die die Ernsthaftigkeit der beidseitigen Friedenswilligkeit beweisen müßte, bleibt freilich die Bereitschaft zu wirklicher, massiver Abrüstung. Chruschtschew hat auch tatsächlich der UNO-Versammlung in New York einen fast schwindelerregenden Abrüstungsplan vorgelegt, der innert vier Jahren zur vollständigen Abschaffung aller Armeen und sonstigen Kriegsmittel führen solle. Natürlich haben die abgebrühten Zyniker, die die Weltpolitik machen, und ihre Trabanten in der Presse ganz automatisch wieder «Propaganda, reine Propaganda» gemurmelt. Und der sowjetische Ministerpräsident selber wußte ja auch genau, daß noch nirgends – auch im Ostlager nicht – der Wille zum radikalen Verzicht auf Kriegsvorbereitungen stark genug ist, um die Trägheit und Kurzsichtigkeit des eingewurzelten Waffendenkens zu überwinden; er hat daher seinem Maximalplan gleich auch einen Plan für eine Teilabrüstung angehängt, die sofort an die Hand genommen werden könne. Aber daß der verantwortliche Regierungschef einer Weltmacht es wagen konnte, überhaupt die internationale Gesamtabrüstung für einen nahen Zeitpunkt als höchst erstrebenswertes, ja lebensnotwendiges Ziel aufzustellen, das ist doch ein bedeutsames Zeichen unserer Lage. Und das allein schon wird mithelfen, den Gedanken der Totalabrüstung nicht mehr zur Ruhe kommen zu lassen, bis er seine Verwirklichung gefunden hat. Solche Gedanken wirken von selbst weiter, auch wenn sie zunächst als reine Utopie, ja als Propagandamanöver erscheinen.

Schon jetzt ist zu hoffen, daß die neuen Verhandlungen, die in Genf über die Einstellung der atomaren Versuchsexplosionen aufgenommen werden sollen, zu einem guten Ergebnis führen werden. Und auch die Abrüstungskommission der UNO, die in Bälde zusammentreten wird, dürfte ein günstigeres Klima vorfinden, als es vor den Besprechungen zwischen Eisenhower und Chruschtschew bestand. Aber das gegenseitige Mißtrauen von Ost und West ist in den Völkern – ständig geschürt durch die Propaganda – noch so stark, und die materiellen Interessen, die am ganzen Militärbetrieb hängen, sind noch so fest verankert, daß nicht abzusehen ist, wie der entscheidende

Schritt zur Abrüstung unter den heutigen Umständen getan werden soll. Namentlich die NATO-Generäle erklären unaufhörlich, daß der Weltkommunismus nur in Schach gehalten werden könne, wenn der Westen seine Kriegsbereitschaft aufs höchste steigere und fest entschlossen bleibe, sofort Atomwaffen einzusetzen, auch wenn zunächst nur ein begrenzter Krieg mit nichtatomaren Waffen ausbrechen sollte. Er sei überzeugt, sagte vor nicht langer Zeit der NATO-Befehlshaber in Europa, General Norstad – einer der gefährlichsten Männer der Welt –, daß auch jeder «beschränkte Zwischenfall» im Gebiete der NATO sich sehr schnell zu einem größeren Krieg ausweiten würde; die Westmächte hätten darum längst ihre Pläne bereit, um «allen Eventualitäten der Berliner Krise zu begegnen». Und der Stabschef der amerikanischen Luftwaffe, Thomas White, suchte einem Senatsausschuß klarzumachen, daß Europa mit sogenannten konventionellen Waffen nicht verteidigt werden könne, weshalb die atomare Aufrüstung unentbehrlich sei; die amerikanische Luftwaffe sei der Ansicht, «daß die entscheidende Phase in einem Kernwaffenkonflikt in zwei bis vier Tagen überschritten werden könne».

Wie planmäßig die Westmächte bei der Aufrüstung vorgehen, ist neuerdings aus der Eröffnung eines NATO-Stützpunktes in Trapezunt, am Nordufer des Schwarzen Meeres, ersichtlich geworden. «Trapezunt», so bemerken dazu die Londoner «Peace News», liegt so nahe der russischen Grenze wie nur möglich. Es ist der östlichste Hafen der Türkei, genau 107 Meilen (etwa 170 km) von Rußland entfernt. Es könnte keinen provozierenderen Stützpunkt an der ganzen Küste des Landes geben. Hier ist dasjenige Gebiet auf der Welt, wo NATO und Sowjetunion längs einer gemeinsamen Grenze aufeinanderstoßen. Hier wetteifern die beiden Riesen in phantastischen militärischen Rüstungen an der Türschwelle Rußlands. Der jüngste NATO-Stützpunkt kann diese Spannung nur erhöhen, und früher oder später werden wir den vollen Preis dafür zu bezahlen haben. Überall, wo militärische Arsenale fieberhaft ausgebaut werden, wird der Keim zu Konflikten gesät ... Trapezunt, so hieß es bei der Einweihung des neuen Stützpunktes, sei der jüngste Vorposten des Verteidigungssystems der NATO. Wir würden nicht vergessen, wie wichtig die Türkei strategisch als unentwegtes Mitglied der Gemeinschaft friedliebender Nationen sei, die entschlossen seien, ihre Freiheit und Unabhängigkeit zu verteidigen. Wie würde aber wohl Washington reagieren, wenn ein ‚unfreundlicher' Staat einen Militärstützpunkt auf den Bahamainseln eröffnete, gerade 107 Meilen von der Küste von Florida entfernt?»

So wird eben weiterhin ein Pulverfaß an das andere gereiht – und wenn dann eine irgendwo passierende Entzündung die unvermeidliche Kettenreaktion auslöst, dann haben wir die Weltkatastrophe, die natürlich keiner herbeiführen wollte – wie Wilhelm der Zweite, der auf einem Schlachtfeld des Ersten Weltkrieges, als er sah, was seine

«schimmernde Wehr» angerichtet hatte, bedrückt ausrief: «Ja, das habe ich nicht gewollt!» Das Mißtrauen und der Haß der einen Seite gegen die andere ist heute noch größer als damals. Gibt es einen anderen Weg, gegenseitiges Vertrauen und den Willen zum Zusammenleben zu schaffen, als daß irgendein Staat – es kann auch ein kleiner sein – von sich aus, einseitig, dem ganzen Rüstungsbetrieb den Abschied gibt und damit eine Kettenreaktion radikaler Abrüstungsmaßnahmen auslöst? Ich weiß keinen.

Gegenkräfte Derjenige Staat, dem man am ehesten den Verzicht auf neue Kriegsrüstungen zumuten könnte, wäre eigentlich die Deutsche Bundesrepublik. Und nach dem Zweiten Weltkrieg schien es auch eine Zeitlang, als habe man in Westdeutschland endgültig genug von allem, was Krieg und Kriegsrüstung heißt. Auch Adenauer, Heuß und all die anderen Politiker, die heute an der Spitze der Aufrüster stehen, erklärten pathetisch, Westdeutschland werde nie und nimmer wieder eine Armee auf die Beine stellen. Man weiß, wie schnell der Umschwung kam und wie planmäßig das Volk, das nach allen Anzeichen in seiner großen Mehrheit zuerst gegen jede neue Kriegsrüstung war, bearbeitet wurde, bis es wieder willig, wenn auch nicht begeistert, die ganze neue Rüstungspolitik mitmachte. Die Kräfte, die Deutschland in zwei Kriegskatastrophen gestürzt hatten, kamen aufs neue obenauf; der Bund von Kapitalismus, Nationalismus, Militarismus und Klerikalismus feierte frischfröhlich seine Auferstehung und gewann besonders durch Schürung der Angst vor der russischen Invasion und vor der drohenden Bolschewisierung des «freien Westens» die Volksmassen für die «Politik der Stärke», als deren ragender Träger und Garant Konrad Adenauer fast unbegrenzte Autorität errang, trotz – nein, gerade wegen der Primitivität seines Denkens und seiner Beweisführung.

Aber aus sich selber wäre Westdeutschland ja nicht wieder zu dem geworden, was es heute ist: die stärkste Kriegsgefahr in Europa. Der Londoner «Daily Express» (der schon seit den Jahren des Zweiten Weltkrieges in der Beurteilung Deutschlands eine Sonderstellung in der westalliierten Presse einnimmt) hat vollauf recht, wenn er letzthin feststellte: «Die eigentliche Quelle der Unruhe in Europa ist die Wiederbewaffnung der Deutschen durch die Amerikaner. Die ganze Welt weiß aber aus langer Erfahrung, daß Deutschland als militärischer Faktor gleichbedeutend ist mit einem Deutschland, das in den Krieg zieht. Die Sowjetunion weiß das! Das eigentliche Schlüsselproblem zwischen Eisenhower und Chruschtschew ist gar nicht Berlin oder die Wiedervereinigung. Es ist die Lage, die durch die Entschlossenheit Amerikas geschaffen wurde, Deutschland wiederzubewaffnen (wie nach dem Ersten Weltkrieg), und durch die Entschlossenheit der Sowjetunion, dies mit allen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.»

Anscheinend wacht man aber in den Vereinigten Staaten doch mehr und mehr zur Erkenntnis der Gefahr auf, die vom neuen deutschen Ausdehnungs- und Herrschaftsdrang her dem Frieden droht, und gibt sich davon Rechenschaft, daß es nicht Eroberungslust und Weltherrschaftsstreben ist, was die Außenpolitik der Sowjetunion bestimmt, sondern einfachstes Sicherheitsbedürfnis – nach einem wiederum von Deutschland entfesselten Krieg, der über die Sowjetunion, ihr Land und ihr Volk, unerhörtes Unglück gebracht hat. Man beobachtet darum in Westdeutschland die beginnende Verständigung zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion mit äußerstem Mißtrauen und fürchtet nicht ganz ohne Grund – trotz allen Washingtoner Beschwichtigungsversuchen –, daß sich die amerikanische Politik auf die Länge durch das westdeutsche Geschrei wegen Westberlins und des «Pankowregimes» doch nicht abhalten lassen werde, dem Wettrüsten ein Ziel zu setzen und planmäßig auf eine Abrüstung hinzusteuern. Wir müssen uns also darauf gefaßt machen, daß von Bonn aus heftig gegen jede wirkliche Entspannung des amerikanisch-sowjetischen Verhältnisses intrigiert und manövriert wird, lebt doch die ganze westdeutsche Außenpolitik von der ungeschwächten Fortsetzung des Kalten Krieges, dessen Ende auch das Ende der Träume von einem neuen, weltweiten deutschen Imperium darstellen müßte.

Die Bonner «Stärkepolitiker» hatten bisher immerhin den Trost, daß sie bei ihrem Scharfmachertum wenigstens Frankreich auf ihrer Seite hätten, das unter de Gaulle ebenfalls ein internationales Klima braucht, in dem Macht- und Prestigepolitik, Kolonialismus und Imperialismus gedeihen können. Aber seit man in Paris sowohl diplomatisch als finanziell auf die Vereinigten Staaten angewiesen ist, um mit dem Algerienproblem auch nur einigermaßen fertig zu werden, hat sich dort die Lust, Opposition gegen Washington zu machen, erheblich vermindert. Die Achse Bonn–Paris bietet so zurzeit nicht gerade viele Manövriermöglichkeiten, auch wenn sie nach Rom (dem geistlichen wie dem weltlichen) und Madrid hin verlängert wird. Dies um so weniger, als die britische Außenpolitik schon längst auf die west-östliche Koexistenz ausgerichtet ist und sich auch in Zukunft energisch hinter die neue Politik Eisenhowers stellen dürfte – zum großen Ärger Bonns, das sich so mehr und mehr isoliert fühlt und um den Verlust seiner Schlüsselstellung in der Weltfront gegen den Kommunismus in wachsender Sorge ist.

Diese antikommunistische, besser: antisozialistische, gegenrevolutionäre Weltfront besteht freilich nach wie vor in ihrer ganzen Breite und Tiefe weiter. Sie hat sich auch neuerdings wieder bei der Ablehnung der Bemühungen, die Aufnahme Chinas in die Vereinten Nationen auch nur auf die Tagesordnung der UNO-Versammlung zu setzen, als durchaus zuverlässig erwiesen, obwohl es auf der Hand liegt, daß ohne Einbeziehung der Chinesischen Volksrepublik in die Abrüstungs- und Entspannungsverhandlungen der Kalte Krieg weder

in Europa noch in Asien überwunden werden kann. Allem voreiligen Optimismus gegenüber muß eben immer wieder festgehalten werden, daß die Macht der im Alten beharrenden Kräfte im ganzen genommen noch ungebrochen ist und die jüngsten Versuche, die Organisation der Völkerwelt der neuen, revolutionären Massenvernichtungstechnik anzupassen, noch viel zu wenig Wurzeln in den sozialen und wirtschaftlichen Ordnungen geschlagen haben. «Man kann nicht Trauben lesen von den Dornen noch Feigen von den Disteln!» Da hat der italienische Kommunistenführer Togliatti (der jetzt selbst stark in Optimismus macht) doch klarer gesehen als mancher Friedensenthusiast, wenn er im Septemberheft der «Rinascita» schrieb: «Die kapitalistische Welt scheint großenteils und vor allem auf dem europäischen Kontinent auf die Wendung, die sich ihr mehr oder weniger zwingend aufdrängt, noch ganz und gar nicht vorbereitet zu sein ... Wir sind fast zu einer Kristallisation eines politischen Blockes gekommen, der nicht anders als der Liquidierung des Kalten Krieges feindlich und heute der Hauptgegner der Demokratie wie einer Friedenspolitik sein kann ... Das verhindert, daß der Entspannungsprozeß einsetzt und fortschreitet – nicht mit bloßen Zusammenkünften, sondern mit wirklichen Taten, die allmählich nicht allein das Klima, sondern die Wirklichkeit des Kalten Krieges beseitigt und die objektiven Bedingungen eines dauerhaften Friedens schafft. Kommt man nicht zu solchen wirklichen Taten, so wird eben die Entspannung ein bloßes Wort bleiben, ein Wunschbild oder nicht viel mehr.»

Labours Niederlage und Chance Gerade während ich das schreibe, kommt nun die Meldung vom eindeutigen Wahlsieg der britischen Konservativen. Ich bin der letzte, den die schwere Niederlage der Labourpartei überrascht. Warum sollte sich denn auch das britische Volk eine andere Regierung geben? Es ging ja bei diesem Wahlkampf gar nicht um Grundsätzliches, etwa um den Gegensatz von Sozialismus und Kapitalismus. Die Labourpartei hat längst aufgehört, eine sozialistische Bewegung und Kraft zu sein – wenn sie es je gewesen ist. Ihr Unterschied von den Konservativen ist nicht ein solcher des Prinzips, sondern nur des Grades. Nicht zu Unrecht hat ein englischer Nationalökonom die Labourpartei «die neokapitalistische Partei par excellence» genannt, so wie auch Richard Crossman, der immer noch einigermaßen radikale Labourpolitiker, in den «Neuen Fabierabhandlungen» feststellte, Labour laufe Gefahr (daraus ist längst Wirklichkeit geworden), «nicht die Partei des Fortschrittes, sondern die Verteidigerin der bestehenden Ordnung in der Nachkriegszeit zu werden». Die Labourpartei hat darum auch in diesem Wahlkampf nicht die Grundstellungen des Kapitalismus angegriffen, sondern in der Hauptsache nur ein wirksameres Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft, eine Erhöhung ihrer Produktionskraft, gefordert, wenn

dazu auch das Verlangen nach einem Ausbau des Wohlfahrtsstaates kam, der (wie Peter Townsend jüngst erneut im «New Statesman» klar machte) nicht verhindert hat, daß es in Großbritannien immer noch 5 bis 10 Millionen Menschen gibt, die u n t e r dem gesellschaftlichen Existenzminimum leben.

Gewiß, die wirtschaftliche Hochkonjunktur mit annähernder Vollbeschäftigung, deren sich Großbritannien seit Jahren erfreut, war der stärkste Trumpf im Spiel der Konservativen; Millionen von Wählern sind überzeugt, daß es mit dem «freien Unternehmertum» viel besser gehe als mit «sozialistischen Experimenten». Aber gerade das hätte die Labourpartei veranlassen sollen, doppelt eindringlich vor dem Irrglauben zu warnen, daß der Kapitalismus nun wirklich und dauernd krisenfest geworden sei und über die schweren inneren Widersprüche hinweggekommen sei, die mit Marx die Sozialisten aller Richtungen immer an ihm festgestellt haben. Es hätte sie veranlassen müssen, die ganze Unvernunft und Ungerechtigkeit des Kapitalismus, die Unvereinbarkeit der sich in ihm vollziehenden Zusammenballung wirtschaftlicher und politischer Macht mit Demokratie und Friedenssicherung ins Licht zu setzen und zu einer entschlossenen Abkehr von den zu einem neuen Weltkrieg drängenden Kräften des kapitalistischen Imperialismus aufzurufen. Die Labourführung hat das nicht getan; sie hat dem herrschenden System unausgesprochen selbst weithin recht gegeben und sich damit von vornherein der stärksten Trümpfe beraubt, die sie in diesem Wahlkampf gehabt hätte.

In der Außenpolitik ist der Unterschied der Labourpartei von den Konservativen deutlicher. Die Labourpartei ist sehr entschieden von den imperialistischen Sünden der konservativen Regierung (Suezkrieg, Zypernterror usw.) und ihren afrikanischen Kolonialmethoden (Kenya, Rhodesien, Nyassaland usw.) abgerückt; sie ist für die endgültige Einstellung der Kernwaffenversuche eingetreten und hat eine beschleunigte Annäherung an die Oststaaten gefordert. Aber auf die Herstellung britischer Atombomben hat auch sie nicht verzichten wollen und erst recht nicht auf die enge Bindung Englands an Amerika. Im Grunde hat auch sie die Politik des Kalten Krieges durchaus mitgemacht, hat nicht den Imperialismus und Kolonialismus, sondern den Kommunismus als den Feind Nummer eins erklärt und sich damit auf die Verteidigung der kapitalistischen Ordnungen des Westens festgelegt oder zum mindesten der Schaffung einer sozialistischen Ordnung tatsächlich entgegengearbeitet.

Wie hätte sich da die Wählerschaft für die Notwendigkeit eines Regimewechsels erwärmen können? Von den Konservativen wußte man wenigstens, wo sie stehen; trotz ihren Fehlgriffen und Sünden hatte man das Gefühl, sie hätten dem Land Wohlstand und Frieden gesichert, zumal Macmillan sich – zum Teil gewiß mit Recht – ein Hauptverdienst an der Brechung der Eisdecke des Kalten Krieges zuschrieb. Wenn die Labourpartei gegen die Konservativen aufkommen

wollte, wenn sie die zwei Millionen Wähler und Wählerinnen aus der Arbeiterklasse, die bei den Wahlen von 1955 konservativ gestimmt hatten, zu sich herüberziehen und die anderthalb Millionen Arbeiterwähler, die damals zu Hause geblieben waren, wieder für sich gewinnen wollte, dann hätte sie mit einem klar und entschlossen sozialistischen und pazifistischen Programm vor die Wählerschaft treten müssen, statt darauf auszugehen, durch «staatsmännische» Mäßigung und «patriotische» Haltung die schwankenden Wählerschichten aus dem Mittelstand zu überzeugen, daß Labour es noch besser verstehe, die herrschende Ordnung lebensfähig zu machen und den Frieden zu befördern.

Ob sie nun wenigstens aus ihrer Niederlage etwas lernt? Die Chance dafür hat sie. Ob ihre Führung auch die Einsicht und die Kraft aufbringt, um die notwendige Wendung zu vollziehen, erscheint zweifelhaft, obwohl die beginnende Abkehr vom Kalten Krieg der Labourpartei auch größere Selbständigkeit gegenüber der Aufrüstungspolitik der NATO geben könnte. Der Wille zum Sozialismus ist eben in der Labourpartei und besonders im Großteil der Gewerkschaften allmählich so schwach geworden, der Glaube an die Möglichkeit eines fortschreitenden Aufstiegs der Arbeiter- und Angestelltenschaft innerhalb des Kapitalismus ist so weitverbreitet, daß der «linke» Flügel der Labourbewegung vor einer schweren Aufgabe steht, wenn er die Gesamtpartei für einen neuen Kurs gewinnen will. Und wie notwendig wäre es doch, daß insbesondere die Sache des Weltfriedens und der Abrüstung gerade jetzt von einer kraftvoll vorwärtsdrängenden britischen Labourpartei her nachhaltige Unterstützung, ja wegleitende Führung bekäme!

Französische „Communauté" Es wurde oben erwähnt, daß de Gaulles Frankreich sich in der Europapolitik erhebliche Zurückhaltung auferlegen muß, solange es mit dem Algerienkrieg belastet ist. Wie stark diese Belastung ist, liest man auch aus einer «Richtigstellung» algerischer Angaben heraus, die der französische Propagandadienst kürzlich veröffentlicht hat. Danach beträgt die Zahl der französischen «Ordnungskräfte» (richtiger: Unordnungskräfte) ungefähr 550 000 Soldaten und Offiziere. Die Zahl der Verhafteten überschreite 110 000 nicht, und die Zahl der Todesopfer sei «niedriger als 150 000». Man darf überzeugt sein, daß mindestens die beiden letzten Zahlen weit untersetzt sind; aber 150 000 Tote als bisheriges Ergebnis des Algerienkrieges sind noch immer etwas Schreckliches, von den Hunderttausenden vertriebener und verelendeter Algerier gar nicht zu reden. Und der Krieg wird weitergehen! General de Gaulle hat zwar den kämpfenden Algeriern ein «großmütiges» Friedensangebot gemacht, indem er ihnen das Selbstbestimmungsrecht versprach, falls sie die Waffen niederlegten. Aber gleichzeitig knüpfte er daran die weitere Bedingung, daß Frank-

reich das Recht haben müsse, die Sahara (und anscheinend auch die wohlhabenden Küstenstriche) von Algerien abzutrennen, seine Armee bis zur Volksabstimmung in Algerien zu belassen und das Ergebnis der Abstimmung gutzuheißen oder zu verwerfen. Es ist klar, daß damit das ganze Selbstbestimmungsrecht der Algerier hinfällig würde, und die algerische Exilregierung hat denn auch in Paris wissen lassen, daß eine Niederlegung der Waffen nur als Ergebnis von Verhandlungen mit der algerischen Befreiungsfront in Frage komme, daß an eine Abtrennung algerischer Gebietsteile durch die französischen Kolonialisten nicht zu denken sei und daß eine freie Volksabstimmung unmöglich sei, solange in Algerien die französische Armee mit ihrem ganzen Terrorapparat regiere. Das mußte sich zwar de Gaulle von vornherein selber sagen; aber er sagte sich eben auch, daß schon der Schein eines Friedensangebotes genüge, um die Vereinigten Staaten und ihre Parteigänger in der UNO-Versammlung von einer Verurteilung der französischen Algerienpolitik abzuhalten – und darin hat er sich auch nicht getäuscht. Vielleicht trägt das Manöver de Gaulles auch etwelche Verwirrung in die Reihen der algerischen Widerstandsbewegung; aber auch wenn deren Kampfmüdigkeit vorerst zunehmen sollte, so wird das algerische Volk den Widerstand gegen die französische Kolonialherrschaft nicht aufgeben, bevor nicht seine nationale Unabhängigkeit gesichert ist. Nicht einmal ein Verbleiben in der «Communauté française», dem als Gegenstück zum britischen Commonwealth gedachten Bund selbständiger Staaten des französischen Kulturkreises, dürfte für Algerien mehr in Frage kommen; die Kluft zwischen «Mutterland» und mohammedanischem Algerien ist schon viel zu breit geworden.

Inzwischen lockert sich die französische Communauté auch sonst immer mehr. Guinea hat schon im letzten Jahr als einziges bisheriges Kolonialland seine Unabhängigkeit erklärt, bei Aufrechterhaltung seiner wirtschaftlichen und kulturellen Verbindung mit Frankreich freilich. Und im nächsten Jahr werden Senegal und der französische Sudan als selbständiger Bundesstaat Mali nachfolgen. Wie lange dann die übrigen westafrikanischen Kolonien Frankreichs – Mauretanien, Niger, Elfenbeinküste, Dahomey, Haute Volta, Kamerun usw. – als «Teilhaber der Communauté» mit der nur inneren Selbstregierung zufrieden sein werden, steht dahin. Die Unabhängigkeitsbewegung wird allmählich aber unaufhaltsam ganz Afrika erfassen; jeder weiße Widerstand kann nur zu furchtbaren Explosionen der Rassen- und Klassengegensätze führen, wie sie sich besonders in der Südafrikanischen Union vorbereiten.

Zehn Jahre neues China Zehn Jahre Existenz sind auch in unserer jubiläumsfrohen Zeit für gewöhnlich noch kein Grund, Feste zu feiern. Man wird es aber den Chinesen kaum verdenken können, wenn sie den Abschluß des

ersten Jahrzehnts ihrer Volksrepublik besonders festlich begangen haben – und die Chinesen verstehen es ja auch sonst wie kaum ein anderes Volk, Feste zu feiern. Denn was die junge Republik in diesen zehn Jahren an revolutionär-sozialistischer Um- und Aufbauarbeit geleistet hat, das steht, soweit meine Kenntnisse reichen, ziemlich einzig in der Geschichte da.

1949 war China ein von Bürgerkriegen und ausländischen Invasionen völlig zerrüttetes und erschöpftes Land. Der Großteil seiner 600-Millionen-Bevölkerung litt chronischen Hunger. Die Bauern wurden von einheimischen Grundherren, die Arbeiter von einheimischen und ausländischen Kapitalisten schändlich ausgebeutet. Die Sterblichkeit war riesig groß. Die chinesische Frau war nicht viel mehr als eine Haussklavin. Die Masse der Bevölkerung konnte weder lesen noch schreiben. Regierung, Verwaltung und Justiz waren verdorben bis ins Mark. Kurz, China zählte zu den rückständigsten, am meisten verwahrlosten und jeder kolonialen und imperialistischen Beherrschung fast schutzlos ausgelieferten Ländern der Erde. Heute ist China wirtschaftlich und politisch die erste Großmacht Asiens und hinter den Vereinigten Staaten, Großbritannien und der Sowjetunion mindestens die vierte Weltmacht. Seine Industrie hat einen riesenhaften Aufschwung genommen, der durch die großzügige Hilfe, welche die Sowjetrepublik ihm gewährt, kaum an Bedeutsamkeit verliert. Seine Landwirtschaft ist modernisiert und der Boden den Bauern zurückgegeben worden. Der Hunger ist besiegt. Gegen Dürre und Überschwemmungen wird ein von Jahr zu Jahr erfolgreicherer Kampf geführt. Volksbildung und Volksgesundheit haben einen Stand erreicht wie in Asien kaum in einem anderen Land. Verkehrs- und Mitteilungsmittel – Bahnen, Straßen und Flugzeuge, Radio, Fernsehen, Kino, Presse usw. – stehen auf der Höhe moderner Technik. Der Sport ist so volkstümlich wie irgendwo in der Welt. Die Frau steht völlig gleichberechtigt neben dem Mann. Der Staatsorganismus arbeitet sauber, genau und wirksam. Künste und Wissenschaften blühen. Die Lebenshaltung steigt von Jahr zu Jahr. Und sozusagen das ganze Volk arbeitet mit unglaublicher Hingebung und Emsigkeit am Aufbau der neuen Ordnung, willig die Führung der regierenden Schicht annehmend, die sich mit dem Volk eins weiß und in seinem Dienst aufgeht. Die Europäer und Amerikaner, die das alte China gekannt haben, versichern uns, daß sie in eine ganz neue Welt zurückkehren, wenn sie das befreite und erneuerte China wiedersehen; aber auch wer China zum erstenmal sieht – wie es dem Schreibenden vergönnt war –, steht überwältigt vor der schöpferischen Kraft des verjüngten und erneuerten China und glaubt es den Chinesen, die zu u n s kommen, gern, wenn sie sagen, daß wir ihr Land kaum mehr kennen würden, wenn wir es j e t z t wiederbesuchten.

Das neue China ist von berechtigtem Stolz und Selbstbewußtsein im Blick auf seine Riesenleistungen erfüllt. Und so wenig es in der asiati-

schen Völkerwelt als feindseliger Konkurrent der Sowjetunion auftreten wird, so wenig ist es ihr Satellit. Es nimmt die noch immer wachsende Hilfe der Sowjetunion bei seinem Aufbau dankbar entgegen und weiß, wieviel es von ihr lernen kann. Aber es geht dennoch seinen eigenen, ihm durch Überlieferung und Gegenwartslage vorgezeichneten Weg. «In den Augen der chinesischen Theoretiker», so schreibt François Fejto im «France-Observateur» (1. Oktober), «kann die Sowjetunion ein brauchbares Muster für die Sozialisierung verhältnismäßig vorgeschrittener Länder liefern; für die Aufrichtung des Kommunismus in einer vorkapitalistischen Umwelt aber muß der ‚chinesische Weg' als Vorbild dienen.»

Diktatur und Demokratie Also die Diktatur? Bis zu einem gewissen Grade – ja. Es wäre völlig wirklichkeitsfremd, wollte man die Demokratie im westlich-bürgerlichen Sinn Völkern aufpfropfen, die noch gar nicht die materiellen und geistigen Voraussetzungen dafür aufweisen, und erst dann (wenn überhaupt) die soziale Umwälzung an die Hand nehmen. Das sehen auch praktische Amerikaner ein. Mr. Garst zum Beispiel, der Besitzer der Maisfarm im Staate Iowa, die Chruschtschew besuchte, meinte zu einem Journalisten (vgl. «U. S. News & World Report», 14. September): «In Ländern wie Rußland und Indien gibt es zweierlei Arten des Vorgehens. Die eine Art ist, wie es Chruschtschew macht. Die andere besteht darin, die Leute verhungern zu lassen, weil man sich vor rücksichtslosem Vorgehen scheut, wie man das sicher in Indien sehen kann. Nehru ist eben ein gütiger, sanfter, netter Kerl – aber ohne die Lebensmittel, die wir in den letzten zehn Jahren nach Indien schickten, hätte Indien wahrscheinlich durch den Hungertod zehnmal mehr Menschen verloren, als nach den tollsten Behauptungen, die man hören kann, Stalin und Chruschtschew umgebracht haben.»

Diktatorische Zwangsmaßnahmen und zentralistische Wirtschaftslenkung sind also in unterentwickelten Ländern als Notbehelf kaum zu umgehen, wenn durchgreifend industrialisiert, modernisiert und sozialisiert werden soll. Ist aber einmal die neue Ordnung gesichert und die Gefahr organisierter Gegenrevolutionen beseitigt, dann ist ein Abbau der Diktatur nicht nur möglich, sondern auch notwendig. W a n n dieser Zeitpunkt erreicht ist, das ist eine Ermessensfrage; die Gewährung demokratischer Freiheiten ist dann eine Erziehungsaufgabe. Im Zweifelsfall müßte lieber zu früh als zu spät mit der Demokratisierung und Liberalisierung begonnen werden. Nur wenn man ins Wasser gelassen wird, wird man schwimmen lernen.

Nun schreibt uns freilich ein holländischer Leser der «Neuen Wege», angeregt durch unsere Bemerkungen über die Diktatur in der Tschechoslowakei, nach seiner Ansicht liege überhaupt keine Diktatur vor, wenn die Mehrheit eines Volkes (nach durchgeführter Umwäl-

zung) auf seiten der Regierung stehe, auch wenn diese strenge Gesetze verordne, «falls die Gesetze dieser Diktatur vernünftig und gerecht sind». «Ich glaube deshalb, daß es falsch sei, sich für einen ‚Abbau' solcher Diktatur einsetzen zu wollen. Man soll sich im Gegenteil einsetzen für ihre Entwicklung und Perfektion. Die Diktatur soll immer vernünftiger, immer wissenschaftlicher werden, immer mehr gegründet auf wissenschaftliche Untersuchungen und wissenschaftliche Diskussion, damit immer mehr Menschen ihr zustimmen können.»

Ich kann dem nicht beipflichten. Auch in einer solchen «wissenschaftlichen» Diktatur wäre die Meinungsfreiheit der «gewöhnlichen» Bürger aufgehoben und alle Opposition verboten – solange mindestens, bis das ganze Volk Ja und Amen zu dem sagt, was die Regierung ihm vorsagt. Das ist dann aber keine «perfektionierte» Demokratie mehr, sondern nur Massendressur. Mit welchem Recht will denn eine Regierung dem Volk gerade i h r e Auffassung als vernünftig und gerecht eintrichtern? Einfach auf Grund ihres Anspruchs, kraft ihrer «wissenschaftlichen» Erkenntnis – also wohl des dialektischen Materialismus nach Marx und Lenin – die Wahrheit über den allein richtigen Weg zum Sozialismus zu besitzen? Das wäre unerträgliche Anmaßung; es gibt wahrlich noch andere Auffassungen vom Sozialismus als den Marxismus-Leninismus, die mindestens das gleiche Recht haben wie der orthodoxe Kommunismus. Aber auch wenn man zugeben wollte, daß die betreffende Regierung dank vorausgegangener «wissenschaftlicher Diskussion» wirklich im Alleinbesitz der Wahrheit wäre, so hätte sie kein Recht, diese Wahrheit dem Volk durch Unterdrückung der Meinungs- und Pressefreiheit vorzuschreiben. Darauf hat, wie man weiß, namentlich John Stuart Mill größten Nachdruck gelegt. Es sei, so schrieb er in seiner berühmten Abhandlung «Über Freiheit», immer zu bedenken, daß die offiziell allein anerkannte Lehre, «so wahr sie auch sein mag, nur als ein totes Dogma und nicht als lebendige Wahrheit betrachtet wird, wenn sie nicht völlig, wiederholt und ungescheut erörtert wird ... Statt einer lebhaften Vorstellung und eines lebendigen Glaubens bleiben nur einige gewohnheitlich eingewurzelte Phrasen übrig; oder wenn dennoch etwas zurückbleibt, so sind es nur Schalen und Hülsen der Meinung, während die besseren Bestandteile verloren gehen. Das große Kapitel, welches diese Tatsachen in der menschlichen Geschichte einnehmen und ausfüllen, kann nicht ernst genug durchforscht und durchdacht werden.» Vielleicht nimmt unser Freund wieder einmal den alten Mill zur Hand und führt sich seine (hier nur angedeuteten) Erwägungen zu Gemüte; ich wenigstens halte sie für unwiderleglich. Es bleibt so, wie das französische Wort sagt: «Du choc des idées jaillit la vérité», aus dem Zusammenstoß der Ideen entspringt die Wahrheit. Oder wie Thomas Masaryk es bündig ausdrückte: «Demokratie ist Diskussion» – und das verlangt eben praktisch den A b b a u der ihr begrifflich

radikal entgegengesetzten Diktatur, sobald das irgendwie möglich ist, nicht ihre logische Weiterentwicklung, bis gar kein Bedürfnis für selbständiges, von der Meinung der Regimeträger abweichendes Denken mehr da ist. Das letztere ist freilich das Ideal aller in irgendeiner Rechtgläubigkeit festgefahrenen Diktatoren; aber seine Erreichung wäre das Ende aller lebendigen Entwicklung der Menschheit, also auch das Ende alles echten Sozialismus.

9. Oktober *Hugo Kramer*

BUCHBESPRECHUNG

Fragen und Frager. Christ und Marxist heute. Von Konrad Farner. Progreß-Verlag, Düsseldorf. Fr. 2.80.

Dr. Farners Schrift gibt sich als «Gespräch auf der Leiter» zwischen Christen und Marxisten (beziehungsweise Kommunisten), das zu einer besseren Verständigung zwischen beiden Seiten helfen solle. Allein diese «Verständigung» ist sehr einseitig gedacht. Gewiß hat der Verfasser durchaus recht, daß er — wie schon viele vor ihm — den Christen ins Gewissen redet und von ihnen ein Eintreten für die echten, tiefsten Anliegen der Kommunisten fordert, wenn es uns auch befremdet, daß er etwas verächtlich davon redet, daß «die meisten ‚Ragazianer' diesseits des Vorhangs» von der anderen Seite nichts wissen wollten und sie sogar mit sehr unragazischen Schlagworten bekämpften. Das ist einfach nicht wahr, so wenig wie die immer wiederkehrende umgekehrte Behauptung gewisser Leute, wir hätten uns dem «russischen Kommunismus» verschrieben. Anderseits ist es erfreulich, daß Farner auch den Kommunisten empfiehlt, ihre Haltung gegenüber den Christen einer Nachprüfung zu unterziehen, einer Nachprüfung freilich, die er sehr vorsichtig formuliert und die natürlich nicht zu einer Revision der materialistisch-atheistischen Philosophie des Marxismus führen dürfe. Der Boden für eine «Verständigung» zwischen Christen und Marxisten ist also von vornherein sehr eng begrenzt. Dies um so mehr, als Farner den Gegensatz zwischen Christentum und Marxismus (auf Seite 19/20) viel zu abstrakt-theoretisch behandelt und dabei notwendigerweise allerlei Halbwahrheiten oder sehr mißverständliche Formulierungen, ja völlige Irrtümer vorbringt, wie in seiner Bezugnahme auf die nicht urtümlich christliche, sondern aus der Philosophie Platos stammende Lehre von der Unsterblichkeit der Seele. Ein Gespräch über solche «Gegensätze» führt nicht viel weiter. Fruchtbarer wäre eine Auseinandersetzung über die wirklichen, praktisch-persönlichen und politisch-sozialen Trennungspunkte, die im Verhältnis von Kommunismus und Christentum bestehen: Bestimmung und Aufgabe des Menschen, sittliche Lebensführung, geistige und materielle Triebkräfte der gesellschaftlichen Entwicklung, Klassenkampf, Gewaltanwendung, Demokratie und Diktatur und so weiter. Über solche Fragen möge das Gespräch zwischen Christen und Marxisten walten — aber dann wird es eben den Kommunisten nicht mehr so leicht fallen, die Überlegenheit ihrer Welt- und Lebensanschauung zu beweisen, wie das möglich ist, wenn man die Auseinandersetzung auf den von Dr. Farner gewählten Boden schiebt. *H. K.*